

Bericht zur Sommersession 2025

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 17. Juni 2025

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DI	27.05.2025	Fraktion	5.50
MI	28.05.2025	Fraktion	2.50
MO	02.06.2025	Fraktion	2.50
MO	02.06.2025	Grossrat-Parlament	3.00
DI	03.06.2025	Grossrat-Parlament	5.75
MI	04.06.2025	Grossrat-Parlament	7.75
DO	05.06.2025	Grossrat-Parlament	4.00
DI	10.06.2025	Fraktion	1.50
DI	10.06.2025	Grossrat-Parlament	5.00
MI	11.06.2025	Grossrat-Parlament	5.75
DO	12.06.2025	Grossrat-Parlament	5.25
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			48.50

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	12	Anzahl Traktanden Verhandlung	102
Anzahl Anträge, Planungserklärung	52	Total Traktanden (inkl. IP)	160
		Anzahl Vereidigungen	8
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	0	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	25
Anzahl Abstimmungen	173	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	162
Anzahl Freie Debatten	62	Anzahl Reduzierte Debatten	40
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	16
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	15	In die nächste Session verschoben	12

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Fraktionssitzungen

Da die Sommersession 2025 durch zwei Feiertage tangiert wurde, mussten die üblichen Fraktionssitzungstermine vorgezogen werden. Am ersten Fraktionstag besuchten wir die BEDAG AG in Bern und erhielten vor Ort einen fundierten Einblick in die Anforderungen an Datenspeicherung und Datensicherheit. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die ausgezeichnete Organisation und die grosse Gastfreundschaft.

Am darauffolgenden Montag fand unsere Fraktionssitzung im Ausbildungszentrum von Bernmobil statt – ein spannender Ort, der zeigt, wie professionell der öffentliche Verkehr in Bern ausgebildet wird.

Die verkürzte Zeitachse stellte hohe Anforderungen an die Vorbereitung. Dennoch gelang es uns, alle Geschäfte gut vorzubereiten. Speziell war, dass das Parlament aufgrund des hohen Diskussionsbedarfs 12 Traktanden in die nächste Session verschieben musste – der Zeitbedarf war grösser als budgetiert.

Neue Wahlen der Präsidien

Zu Beginn der Sommersession gedachten die Mitglieder des Grossen Rates mit einer Schweigeminute dem im März verstorbenen Hannes Zaugg-Graf.

Der bernische Grosse Rat hat sieben neue Mitglieder. Sie sind am Montag zu Beginn der Sommersession vereidigt worden: Roland Ryser (SVP/Affoltern i. E.) Susanne Clauss (SP/Biel), Sven Heunert (SP/Thierachern), Alice Kropf (SP/Thun) und Samira Martini (SP/Herzogenbuchsee), Romeo Arnold (GLP/Oberhofen). Priska Weber (Die Mitte/Aarwangen).

Die neue Grossratspräsidentin heisst Edith Siegenthaler (SP/Bern). Sie ist am Montag mit 146 Stimmen zur «höchsten Bernerin» gewählt worden. Zum ersten Vizepräsidenten wählte der Grosse Rat Raphael Lanz (SVP/Thun). Das zweite Vizepräsidium bekleidet neu Katharina Baumann (EDU/Münsingen).

Zum Regierungspräsidenten wählte das Kantonsparlament Christoph Neuhaus (SVP). Er ist in seinem letzten Amtsjahr und wird zum Ende der Legislatur abtreten. Zum Vizepräsidenten der Regierung wurde mit 150 Stimmen Christoph Ammann (SP) bestimmt.

Andrea Huber wird neue Vorsteherin der Finanzkontrolle des Kantons Bern

Der Grosse Rat hat in der Sommersession 2025 Andrea Huber zur neuen Vorsteherin der kantonalen Finanzkontrolle gewählt. Sie tritt per 1. Januar 2026 die Nachfolge von Thomas Remund an, der Ende 2025 in den Ruhestand tritt.

Andrea Huber bringt umfassende Erfahrung aus der Privatwirtschaft (pwc) sowie der kantonalen Verwaltung mit. Seit 2014 ist sie bei der kantonalen Finanzkontrolle tätig und derzeit stellvertretende Leiterin der Wirtschaftsprüfung. Neben ihrer langjährigen Führungserfahrung verfügt sie über fundierte Aus- und Weiterbildungen in Wirtschaft und Recht.

Das paritätisch zusammengesetzte Finanzkontrollgremium hat Andrea Huber einstimmig vorgeschlagen. Mit ihr übernimmt eine fachlich hervorragend qualifizierte Persönlichkeit diese verantwortungsvolle Aufgabe. Thomas Remund wird für seine Verdienste gebührend gewürdigt.

Liberaler Präsenz in der Justiz gestärkt

In der Sommersession 2025 wurden zwei Mitglieder der FDP. Die Liberalen in bedeutende Justizämter gewählt: Véronique Baillif wurde zur Ersatzrichterin am Obergericht des Kantons Bern gewählt, Christoph Baumgartner übernimmt das Amt des Gerichtspräsidenten des kantonalen Wirtschaftsstrafgerichts.

Beide Wahlen sind erfreuliche Zeichen für eine starke und kompetente liberale Präsenz in der bernischen Justiz. Sie unterstreichen das Vertrauen in unsere Fachpersonen und unsere Werte im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftskompetenz.



Sandra Hess (Parteipräsidentin FDP), Christoph Baumgartner, Véronique Baillif, Peter Bohnenblust (Juko-Vertreter FDP)

Innovationsfördergesetz und CSEM: Staatliche Innovationsförderung mit Augenmass beschlossen

Der Grosse Rat hat das revidierte Gesetz zur Innovationsförderung angenommen. Die zentrale offene Frage betraf die Höhe der maximalen Finanzhilfe pro Projekt. Auf Vorschlag der Finanzkommission wurde die Obergrenze auf 16 Millionen Franken festgelegt. In begründeten Ausnahmefällen kann der Kanton höhere Beiträge sprechen. Zudem sollen die Unterstützungsbeträge künftig regelmässig an die Teuerung angepasst werden. Auch das Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM) wird weiterhin mit jährlich vier Millionen Franken vom Kanton Bern unterstützt. Damit wird der Forschungs- und Innovationsstandort Bern gezielt gestärkt. Bei einer Ablehnung hätte ein Rückzug des CSEM aus dem Kanton Bern gedroht.

„Der Staat macht keine Innovation – aber er kann ermöglichen, dass sie entsteht. Und er kann Rahmenbedingungen schaffen, die innovative Firmen anziehen.“

Diese Überzeugung war leitend für unsere Unterstützung beider Vorlagen. Aus liberaler Sicht kann man staatliche Innovationsförderung kritisch sehen – denn Innovation entsteht durch unternehmerische Freiheit, Wettbewerb und Eigeninitiative, nicht durch staatliche Programme. Aber: In der föderalen Schweiz befinden sich die Kantone im Standortwettbewerb. Wenn wir als Kanton Bern klare, transparente und gezielte Fördermechanismen einsetzen – mit Obergrenzen, Wirkungskontrolle und Augenmass –, dann machen wir Innovation nicht staatlich, sondern möglich.

Gerade beim CSEM war klar: Ein Nein hätte den Verlust eines bedeutenden Forschungsstandorts bedeutet. Unsere Unterstützung ist keine Dauersubvention, sondern ein strategisches Bekenntnis zum Wirtschafts- und Forschungsplatz Bern.

Hunde und Wölfe sind Medienrelevant – wirtschaftliche Entwicklung des Kantons interessiert scheinbar nicht

Die Medien berichteten ausgiebig über die sogenannte Wolfsinitiative und Hundethemen, welche im Grossrat beraten wurden. Über andere Themen – wie zum Beispiel das Innovationsfördergesetz – wurde im Telegrammstil abgehandelt.

Der Grosse Rat hat den Gegenvorschlag der Finanzkommission (Fiko) zur Wolfsinitiative mit knapper Mehrheit angenommen. Damit spricht sich das Parlament dafür aus, dass der Kanton

Bern künftig keine Massnahmen mehr zur Förderung von Grossraubtieren ergreifen soll. Stattdessen soll der Bestand aktiv begrenzt werden – soweit es der gesetzliche Spielraum erlaubt. Zudem sollen Schutzmassnahmen für Nutztiere nur dann verpflichtend sein, wenn sie wirtschaftlich zumutbar sind.

Der Entscheid fiel mit 78 zu 71 Stimmen. Noch ist allerdings unklar, für welche Tierarten das Gesetz konkret gelten soll – ob nur für Wolf und Bär oder auch für Luchs und Goldschakal. Die Fiko wurde beauftragt, diese Frage zu klären. Der Grosse Rat wird sich zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit dem Gesetz befassen.

Das Berner Kantonsparlament hat am Mittwoch eine Verschärfung der Hundegesetzgebung abgelehnt. Für die Einführung eines obligatorischen Haltekurses muss die Regierung hingegen die notwendigen gesetzlichen Anpassungen ausarbeiten.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/sommersession-2025/sessionsprogramm.html>

- Der Kanton Bern soll die Teilnahme an E-Voting-Pilotversuchen prüfen. Die Motion der Mitte-Fraktion forderte, dass sich der Kanton an E-Voting-Versuchen beteiligt, zu denen eine begrenzte Anzahl von Stimmberechtigten zugelassen sind. Der Rat folgte der Regierung und nahm das Postulat mit 98 zu 51 Stimmen bei sechs Enthaltungen an.
- Der Kanton Bern soll die Schaffung einer Koordinationsstelle für Menschen mit einer Behinderung prüfen. Der Grosse Rat hat einen entsprechenden Vorstoss überwiesen.
- Der Kanton Bern erhöht seine Abgeltungen für Kinderspitäler sowie die ärztliche und pharmazeutische Weiterbildung. Der Grosse Rat sprach einen Zusatzkredit über insgesamt knapp 108 Millionen Franken für die Jahre 2025, 2026 und 2027 und einen Nachkredit von rund 35 Millionen Franken zugunsten der Spitäler. Damit sollen die Rahmenbedingungen im Kanton Bern «dauerhaft verbessert» werden, hiess es im Vortrag der Regierung. Christoph Zimmerli (FDP) bezeichnete den Entscheid namens der FDP als «nicht nachhaltig, aber alternativlos».
- Der Kanton Bern muss beziffern, welche personellen und finanziellen Mittel zur Erfüllung seiner Biodiversitätsziele nötig sind. Ein Vorstoss aus den Reihen der Grünen wurde teilweise gutgeheissen.
- Die Schliessung der Geburtenabteilung im Spital Frutigen sorgte für viel Gesprächsstoff im Grossen Rat. Während der Erhalt der Abteilung knapp abgelehnt wurde, verabschiedete das Kantonsparlament jedoch eine Richtlinienmotion. In dieser wird die Regierung aufgefordert, Lösungen aufzuzeigen, wie das Spital langfristig erhalten werden kann. Diese Ziffer der Motion nahm der Grosse Rat mit 146 zu 2 Stimmen deutlich an, eine Abschreibung lehnte es gegen den Willen der Regierung ab.
- Die Berner Regierung muss prüfen, wie die Gemeinden entlang der Autobahnen besser vor Ausweichverkehr geschützt werden können. Die in der Motion enthaltenen Forderungen umfassten ein gezielteres Verkehrsmanagement, um Ortschaften von Durchgangs- und Ausweichverkehr zu entlasten, einen rascheren Ausbau der Veloinfrastruktur und eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Zusätzlich soll der Kanton beim Bund darauf hinwirken, die vorhandenen Kapazitäten der Autobahnen besser zu nutzen. In der Debatte

zeigte sich, dass das Parlament den Vorstoss in Form einer Motion nicht überwiesen würde. Bruno Vanoni (Grüne) beantragte deshalb namens der Motionäre eine Überweisung als Postulat.

- Bei der Enteignung von Kulturland soll der Kanton Bern den Bauern künftig das Dreifache des ermittelten Höchstpreises bezahlen. Mit 84 zu 55 Stimmen hat der Grosse Rat am Mittwoch eine entsprechende Änderung des Enteignungsgesetzes verabschiedet.
- Der Kanton Bern soll die Gemeinden bei der Aufsicht über den Datenschutz entlasten. Nur noch die vier grössten Gemeinden Bern, Biel, Köniz und Thun sollen eigene Datenschutzaufsichtsbehörden bezeichnen können. Das hat der Grosse Rat am Mittwoch beschlossen. In erster Lesung nahm er die Totalrevision des Datenschutzgesetzes mit 141 zu 1 Stimmen bei vier Enthaltungen an. Die zentralisierte Aufsicht obliegt demnach künftig der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Diese wird neu Datenschutzbehörde heissen und ihren Fokus auf die Beratung und Ausbildung der Behörden legen. Das heutige bernische Datenschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1986.
- Im Kanton Bern soll künftig eine Richterin oder ein Richter allein über eine ärztliche Zwangseinweisung entscheiden können. Ohne Gegenstimme wurde das Dekret über die Besetzung von Richter- und Staatsanwaltsstellen aufgehoben.
- Mit 133 zu 2 Stimmen wurde ein Kredit von 6,36 Millionen Franken verabschiedet. Mit dem Geld sollen Gemeindefusionen in den Jahren 2026 bis 2029 gefördert werden.
- Der Geschäftsbericht 2024 mit Jahresrechnung wurde mit 130 zu 1 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.
- Der Bericht der Justizkommission zum Geschäftsbericht der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Das Gesetz über die Informations- und Cybersicherheit (ICSG) einstimmig verabschiedet. In der zweiten Lesung beschloss der Rat detaillierte Regelungen für die Personensicherheitsprüfungen. Das neue Gesetz soll die Informations- und Cybersicherheit in der Verwaltung verbessern.
- Mit 99 zu 41 Stimmen wurde der Bericht der Regierung zu den Ergebnissen der Spielraumanalyse 2024 zur Kenntnis genommen.
- Ein Zusatzkredit von 12,5 Millionen Franken wurde zum Rahmenkredit Informatik der Finanzdirektion für 2024 bis 2026 gesprochen.
- Eine Motion die Förderung des Breitensports wurde überwiesen und sogleich abgeschrieben.
- Überwiesen und sogleich abgeschrieben wurde ein Vorstoss, der rechtliche Grundlagen, damit ehrenamtliche Vereinsarbeit über den Sportfonds finanziell unterstützt werden kann, fordert. Laut Regierung ist das schon heute möglich.
- Der Grossrat hat eine Motion überwiesen, die sich um fehlende Therapieplätze für Straftäter mit schweren psychischen Krankheiten dreht. Der Regierungsrat soll die Situation analysieren und geeignete Massnahmen ergreifen, um die gesetzeskonforme Behandlung von psychisch

kranken Straftätern sicherzustellen. Der Rat widersetzte sich der vom Regierungsrat beantragten Abschreibung.

- Der Kanton Bern bleibt Mehrheitsaktionär der Berner Kantonalbank (BEKB). Diesen Grundsatzbeschluss hat der Grosse Rat am Donnerstag mit 127 zu zwölf Stimmen gefasst. Fünf Mitglieder enthielten sich.

Fazit: Eine erfolgreiche Session für die FDP.Die Liberalen

Die Sommersession 2025 kann für uns FDP.Die Liberalen als Erfolg gewertet werden – sowohl inhaltlich als auch politisch. Die erzielten Abstimmungserfolge sind beachtlich und unterstreichen unsere Wirkung im Parlament.

Zum Sessionsende wurden erneut einige Grossratsmitglieder verabschiedet – sei es aufgrund von Wahlerfolgen wie dem Wechsel ins Amt des Regierungsratsstatthalters, beruflicher Neuorientierung oder, wie meist, aus wahltaktischen Überlegungen. Bemerkenswert ist, dass die FDP.Die Liberalen derzeit die einzige Fraktion ist, die seit Beginn der Legislatur keinen personellen Wechsel verzeichnet hat.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich danke allen herzlich für das Interesse an meinen Sessionsberichten. Ein besonderer Dank gilt meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen sowie dem Generalsekretariat der FDP für das Vertrauen und die stets konstruktive Zusammenarbeit.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch